

SPD Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hoffstädt,

sehr geehrte Damen und Herren,

einer Investitionspause, wie von Herrn Hoffstädt zur Einbringung des Haushalts gefordert, werden wir nicht zustimmen. Für unsere Kinder und Familien bedarf es aktiver, gestaltender Politik. Solche Pausen führen nämlich nicht zum Ausbau von Ganztagsschulangeboten oder einem Realschulzweig in Ostbevern!

Knappere Haushaltsmittel fordern mehr Kreativität und Anstrengungen. Wir haben dafür eine gute Basis, der Haushalt ist ausgeglichen. Vielfältige Pflichtaufgaben zwingen zu disziplinierter Planung, diese Disziplin zeigt der Verwaltungshaushalt.

Dringenden Handlungsbedarf sehen wir für unsere Schülerinnen und Schüler und deren Eltern. Die offene Ganztagsgrundschule kann in Ostbevern für mehr Kinder mehr Förderungsangebot schaffen. Es soll ein entsprechendes Konzept entwickelt werden, aber es gibt bisher keine zeitliche Zielvorgabe. Zahlreiche Gemeinden haben nach erfolgreichem Start bereits zum folgenden Schuljahr die Gruppenzahlen deutlich erhöht. Die CDU geführte Koalition in Münster baut Ganztagsgrundschulen zum Schuljahr 2005/06 großflächig aus. In der Münsteraner Koalitionsvereinbarung wird dem Ausbau der Schulen oberste Priorität eingeräumt, warum ist das bei uns nicht so? Für uns ist das schon erstaunlich, wenn man unseren Antrag 10.000 € zur Planung und Konzeptentwicklung einzustellen zu diesem Zeitpunkt ablehnt.

Ohne entsprechenden Vorlauf, können wir nicht erkennen, dass wenigstens ab dem Schuljahr 2006/07 umgesetzt wird, was alle für den notwendigen Weg erkennen.

Die Frühförderung von Kindern ist dringend notwendig. Pisastudie, Vergleichsarbeiten und Lernstandserhebung zeigen zum Teil deutliche Defizite, die nur durch rechtzeitige Förderung verringert werden können. Gleichzeitig bietet die Betreuung von Kindern im Grundschulalter einen erheblichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ist also ein wichtiger Baustein in Richtung Familienfreundlichkeit.

Der seit Jahren von Ostbeverns Bürgern geforderte Realschulzweig ist durch die entsprechende Landesgesetzgebung im Rahmen einer Verbundschule für Schulen im ländlichen Raum möglich geworden. Warum verdeutlicht man nicht auch hier, dass man eine schnelle Umsetzung anstrebt, zum Schuljahr 2006/07. Viele Eltern warten auf eine klare Perspektive. Unser Antrag auch hier für Planung und Konzeptentwicklung Geld in den Haushalt einzustellen, wurde abgelehnt.

Ebenfalls ist seit Jahren klar, dass im Gegensatz zur vorbildlichen Ausstattung mit thematisch unterschiedlichen Spielplätzen offizielle Treffpunkte für Jugendliche fehlen. Der diesjährige Haushaltsplan bringt uns wieder nicht weiter.

Besonders schwierig ist sicherlich für viele Eltern, eine Betreuungsmöglichkeit für Kinder unter 3 Jahren in Ostbevern zu finden, obwohl die „Mutter und Kind Hilfe“ im Rahmen ihrer Möglichkeit mit Tagespflege und der Trägerschaft von bisher einer so genannten „kleinen altersgemischten Gruppe“ in diesem Bereich sicher schon wichtige Arbeit leistet. Der wachsende Bedarf ist uns im Sozialausschuss nur auf Nachfrage und sicher nicht in seinem tatsächlichem Ausmaß mitgeteilt worden. Wenn jetzt von 3-4 diesbezüglichen Anfragen pro Woche ausgegangen wird, zeigt das, dass bereits früher, also in den Vorjahren entsprechende Plätze hätten geschaffen werden müssen.

In diesem Zusammenhang wie bei dem Wunsch nach Ganztagsbetreuung von Kindern über 3 Jahren und im Grundschulalter hätten uns seriöse Befragungen den Handlungsbedarf früher erkennen und umsetzen zu lassen. Dass man immer noch davon spricht, mit Befragungen keinen „Bedarf“ wecken zu wollen, zeigt, dass man die Zukunftsplanung junger Familien und besonders junger Frauen bisher nicht ernst nimmt, sicher kein Indiz für

„Familienfreundlichkeit“! *Und um das noch zu ergänzen: eine qualifizierte Betreuung von Kindern darf kein Niedriglohnbereich werden!*

Ein weiterer wesentlicher Grund, gegen den vorgelegten Haushaltsplan zu stimmen, ist für uns das Prozedere um die Bauvoranfrage zur Errichtung einer Spielhalle. Ob dieses Vorhaben zu verhindern ist, mag dahingestellt sein. Aber während zu weit weniger relevanten Entscheidungen im Vorfeld über die Fraktionsvorsitzenden Informationen gegeben werden, wurde in diesem Fall niemand informiert. So wurde die Chance vertan, im Vorfeld interfraktionell, also gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, dieses von der überwältigenden Mehrheit der Bürger nicht gewollte Projekt zu stoppen. Dass dieser Weg nicht gewählt wurde, hinterlässt den schalen Beigeschmack, dass der Gemeindeverwaltung die zu erwartenden Einnahmen aus der Vergnügungssteuer nicht unwillkommen sind.

falsch-falsch